



Aktuelle Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und Russland

Dr. phil. Martin Malek, 1991 Promotion in Politikwissenschaft (Zweifach Publizistik), seit 1993 Mitarbeiter der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ (ÖMZ), seit 1997 Forscher an der Landesverteidigungsakademie mit der Zuständigkeit für die Analyse der Krisen und Konflikte in der GUS sowie der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Russlands und der anderen früheren Sowjetrepubliken. Mehrere Forschungsaufenthalte in Deutschland, Russland, der Ukraine und den USA. In der zweiten Jahreshälfte 2002 Mitarbeiter des Büros des Verteidigungsattachés der österreichischen Botschaft in Moskau.

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Korrekturat: Doris Washiedl, Melitta Strouhal

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des
Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprostelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und
der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/bsp/publikat.shtml>>

Der innenpolitische Hintergrund in Russland

Das politische System Russlands unter Präsident Wladimir Putin wird in der Politikwissenschaft oft mit Begriffen wie „gelenkte“, „defekte“ oder „autoritäre Demokratie“ charakterisiert. Seine wichtigsten Eigenheiten sind: Sicherung der Siege von Kreml-Kandidaten bei (fast) allen irgendwie bedeutenden nationalen und regionalen Wahlen; Zentralisierung der Macht in Putins Präsidialadministration auf Kosten der Regionen, die unter Putins Vorgänger Boris Jelzin (1991-99) zeitweise eine recht eigenständige Rolle gespielt hatten; zentrale Stellung von Armee, Innenministerium und Geheimdiensten („Machtministerien“) in der Verwaltung des Staates; Einsatz von Staatsanwaltschaft und Gerichten zu politischen Zwecken; Ansätze zu einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland; beginnender Personenkult um Putin und Gleichschaltung der Medien: Mitte 2003 wurde der letzte unabhängige und landesweit sendende Fernsehkanal TWS auf Initiative des Kremls abgeschaltet und durch einen Sportkanal ersetzt. Auch die meisten wichtigen überregionalen Zeitungen sind längst „auf Linie“ (des Kreml). Nach dem „Worldwide Press Freedom Index“ der „Reporters without Frontiers“ vom Oktober 2003 lag Russland unter 166 erfassten Staaten auf dem 148. Platz (1. Finnland, 16. Österreich), und die unabhängige Organisation „Freedom House“ stufte Russland in ihrer Einschätzung der Pressefreiheit in der Welt 2003 von „teilweise frei“ auf „unfrei“ zurück.

Die Wahlen zur Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) vom 7. Dezember 2003 haben ein unter den Bedingungen der „gelenkten Demokratie“ wenig überraschendes Ergebnis gebracht, nämlich eine erhebliche Stärkung der dem Kreml nahestehenden politischen Kräfte (und konkret der Partei „Vereinigtes Russland“, die über 300 der 450 Sitze und damit die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit in der Duma gewann).

Die russische Verfassungswirklichkeit nähert sich an westliche Verhältnisse nicht nur nicht an, sondern entfernt sich immer weiter von ihnen.

„Demokratie“ war schon unter Jelzin in weiten Kreisen der Eliten und der Bevölkerung ein Schimpfwort. Daher ist der Sinn von Hinweisen auf „gemeinsame Werte“, die oft in Abschlussdeklarationen von Treffen westlicher und russischer Politiker eingehen und sich auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom 8. Dezember 2003 finden, unklar. Vor dem Hintergrund der skizzierten russischen Realität zumindest klärungsbedürftig ist auch die im „Joint Statement“ des 12th EU-Russia Summit verankerte Absicht, „to create a common space of freedom, security and justice“: alle drei Faktoren existieren in Russland nur noch eingeschränkt.

Allgemeines zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland

Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Moskaus: Auf die Union entfallen rund 40 Prozent des russischen Außenhandels. Die EU ist auch der größte Investor in Russland: Etwa 60 Prozent der Investitionen und rund 40 Prozent der Direktinvestitionen kommen von dort. Diese Anteile werden sich nach dem Beitritt von zehn Staaten, von denen die meisten früher zum Warschauer Pakt beziehungsweise zur UdSSR gehörten, zur EU im Mai 2004 noch erhöhen.

Moskau betrachtet die EU und ihre Mitglieder streng pragmatisch als Modernisierungs- und Wirtschaftspartner, von denen es Kapital (in Form von Investitionen, Wirtschaftshilfe oder Krediten) bezieht und an die es Rohstoffe (und vor allem Energieträger; siehe unten) verkauft. Das bringt „harte“ Währung und schafft Abhängigkeiten. An eine Annäherung an die von der EU verkörperten Werte vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität sowie Sozial- und Umweltstandards denkt Moskau nicht.

2002 erkannte die EU Russland als Marktwirtschaft an. Für Moskau war das ein wichtiger – von Seiten Brüssels offenkundig mehr politisch denn ökonomisch motivierter – Schritt in Richtung Aufnahme in die WTO. Zudem profitiert es von

Handelserleichterungen: So müssen EU-Staaten Sanktionen gegen russische Firmen (etwa wegen des immer wieder vorkommenden Dumpings) stichhaltiger als bis dahin begründen.

Russland strebt keine Vollmitgliedschaft in den existierenden westeuropäischen Organisationen zur Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit an. Sein Selbstverständnis schließt eine derartige Ein- und Unterordnung bei Übernahme bestehender Regelungen und Standards grundsätzlich aus. Der ehemalige stellvertretende Außenminister und nunmehrige stellvertretende Direktor des Europainstituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Iwan Iwanow, formulierte Anfang 2001: „Russland hat nicht die Absicht, der EU beizutreten. Mächte dieser Größenordnung treten nicht fremden Bündnissen bei, sondern bilden eigene“ (eine Anspielung auf die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten/GUS). In Russland dominiert die Meinung, dass man sich nicht einmal das Ziel eines EU-Beitritts setzen sollte, weil es seine völlige Freiheit bei Festlegung und Realisierung seiner Innen- und Außenpolitik behalten müsse. Eine Unterordnung unter eine „kollektive Disziplin“ der EU-Staaten wird für Moskau auch in der entfernteren Zukunft nicht zur Diskussion stehen.

Gleichzeitig ist man in Russland von der eigenen Bedeutung für die EU überzeugt. So meinte der damalige Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Dmitrij Rogosin (ein nationalistischer Hardliner und gegenwärtig einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Duma), im Oktober 2002, dass die EU im 21. Jahrhundert „nur in einer Allianz mit Russland auf den Gebieten Energie, Transport und Verteidigung überleben“ werde. Gleichzeitig gibt es Befürchtungen in Russland, dass sich die Politik der EU ihm gegenüber ändern könnte, weil demnächst „antirussische“ Staaten – vor allem die drei baltischen Republiken, aber auch Polen – Mitglieder der EU werden.

Allgemeines zur sicherheitspolitischen Kooperation EU–Russland

Die EU ist bereit, sich gegenüber Russland (auch sicherheitspolitisch zu öffnen: Die „Common Strategy of the European Union on Russia“ (1999) enthält einen Passus, dem zufolge die EU eine russische Teilnahme an allfälligen EU-Operationen zur Erfüllung von Petersberg-Aufgaben erwägen werde. Beim Gipfeltreffen EU–Russland im Oktober 2000 wurde vereinbart, eine Rolle Moskaus bei EU-geführten Initiativen zur Bewältigung von humanitären Krisen sowie bei Peacekeeping-, Peace Enforcement- und Entminungsoperationen innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Betracht zu ziehen.

Offiziell unterstützt Moskau alle sicherheitspolitischen Initiativen der EU, die auf eine größere Selbständigkeit gegenüber den USA gerichtet sind. Der offenkundige Grund ist, dass es sich davon eine Stärkung seines eigenen Einflusses in Europa erhofft. Davon zeugt auch die am 3. Juni 2000 von Putin bestätigte „Strategie zur Entwicklung der Beziehungen der Russländischen Föderation mit der Europäischen Union in mittelfristiger Perspektive (2000–2010)“: Sie spricht sich für ein „europaweites System der kollektiven Sicherheit“ aus und bezeichnet die russische Zusammenarbeit mit der EU im Sicherheitsbereich als Mittel gegen einen „NATO-Zentrismus“. Vor dem Hintergrund der Grundsätze der russischen Politik gegenüber den USA und der NATO lässt sich daher der Schluss ziehen, dass ein Abzug der USA aus Europa ein Fernziel der russischen Politik bleibt.

Symmetrie

Grundsätzlich ist in allen sicherheitspolitisch relevanten Beziehungen der EU zu Russland auf strenge Symmetrie beziehungsweise Reziprozität zu achten, das heißt, Brüssel soll Moskau nichts einräumen, was dieses nicht auch zu geben bereit ist.

Ein Vetorecht Russlands in der EU?

Beim Gipfel EU-Russland am 31. Mai 2003 wurde der „Cooperation Council“ zu einem „EU-Russia Permanent Partnership Council“ aufgewertet, der am 28. Oktober 2003 in Moskau (unter Teilnahme von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen) zusammentrat. Das „Joint Statement“ des 12th EU-Russia Summit verweist in Punkt 3 auf diesen „Partnership Council“. Er dient aber in erster Linie dem Informationsaustausch und trifft keine konkreten Entscheidungen.

Damit dürfte sich Russland nicht zufrieden geben. Es will nach dem expliziten Vorbild seiner Beziehungen zur NATO (ab 1997 Permanent Joint Council/PJC, seit 2002 NATO-Russia Council/NRC) auch mit der EU einen Rat einrichten, der Entscheidungen fällt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte ist anzunehmen, dass sich Russland bemühen wird, in einem solchen Gremium ein möglichst weit gehendes Mitspracherecht in sicherheitspolitischen EU-Entscheidungen – bis hin zu einer Vetomöglichkeit – festzuschreiben. Damit will Russland verhindern, dass EU-Operationen gegen seinen erklärten Willen stattfinden. Bereits jetzt fürchten besorgte russische Stimmen nämlich inoffiziell, dass die im Aufbau befindliche EU-Eingreiftruppe von 60 000 Mann auch gegen den Willen Moskaus – etwa in der GUS – eingesetzt werden könnte, selbst wenn derzeit nichts dafür spricht.

Wenn Russland eine eigenständige Rolle (oder sogar ein Vetorecht) in der ESVP erhält, würde letztere vom Wohlwollen Moskaus abhängig und könnte paralysiert werden. Zudem denkt Russland selbst natürlich nicht daran, seine eigene Sicherheitspolitik an die EU anzubinden beziehungsweise der Union ein Mitspracherecht zu geben.

Der finanzielle Aspekt

Im russischen „Non-Paper“ vom 10. Dezember 2003 werden Gespräche unter anderem zu „financial aspects“ „in order to facilitate cooperation in crisis management operation“ vorgeschlagen. Die

EU sollte jedoch gegenüber Russland keine Verpflichtungen eingehen, die diesem Zugriff auf Brüsseler Finanzmittel geben. Es wäre unverständlich, wenn die EU-Mitgliedsländer einerseits ihren Steuerzahlern immer neue „Sparpakete“, etwa Kürzungen von Sozialleistungen oder Pensionen zumuten, andererseits sich gegenüber Moskau aber freigiebig zeigen.

Zudem kann Moskau nicht (mehr) mit seiner Wirtschaftskrise argumentieren, da 2003 ein erfolgreiches Jahr war: Die Wirtschaft ist um etwa 7 Prozent gewachsen (2002: 4,3 Prozent), und die Devisenreserven der Zentralbank sind bis Mitte Dezember 2003 auf 72 Milliarden US-Dollar angestiegen. Daher empfiehlt es sich aus Sicht der EU, die Finanzierung aller sicherheitspolitischen Projekte mit Russland im Verhältnis 50 : 50 zu teilen. Zudem sollte Brüssel Moskau immer wieder an seine nach wie vor gewaltigen Auslandsschulden (auch und gerade bei EU-Mitgliedern, darunter Österreich) von etwa 150 Milliarden US-Dollar erinnern und ihre Begleichung durch russische Öl- und Gaslieferungen vorschlagen.

Zur Nichtweiterverbreitung

Das russische „Non-Paper“ schlägt „strengthening dialogue on non-proliferation and disarmament and arms control“ vor, und der Annex IV zu den Dokumenten des EU-Russland-Gipfels („Joint Declaration between the European Union and the Russian Federation on strengthening dialogue and co-operation on political and security matters“) hält fest: „We remain actively committed to the co-operative efforts on non-proliferation, disarmament and arms control“.

Mit Maßnahmen in diesem Bereich könnte Moskau bei sich selbst beginnen, steht es doch etwa in massivem Verdacht, das (der Stabilität im Nahen und Mittleren Osten nicht förderliche) iranische Entwicklungsprogramm für ballistische Raketen zu fördern. Zudem machen etwa auch die umfangreichen russischen Waffenverkäufe an China ein militärisches Vorgehen Pekings gegen

Taiwan wahrscheinlicher.

Zur Nutzung russischer Transportkapazitäten durch die EU

Russland betont immer wieder seine Bereitschaft, der EU seine militärischen Transportflugzeuge zur Verfügung zu stellen, und das wird auch bereits konkret in Aussicht genommen. Dieser russische Vorschlag ist jedoch weniger von der Absicht, sich als einer von vielen Akteuren in eine mögliche „gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur“ einzugliedern, als vielmehr von konkreten Interessen bestimmt: Moskau will zunächst Geld verdienen. Vor allem aber würde die EU zumindest teilweise von russischen Transportkapazitäten abhängig, die im Falle der geplanten Durchführung einer Operation, die Moskau nicht billigt, natürlich auch verweigert werden könnten.

Das Kaliningrad-Problem

Im Sommer 2002 sorgte die Frage des Zugangs russischer Staatsbürger zur russischen Exklave Kaliningrad nach dem EU-Beitritt Litauens und Polens für einige Aufregung in Russland. Es verlangte von der EU ultimativ, auf jede Visumregelung zu verzichten. Zahlreiche russische Stimmen drohten mit einer „Verlangsamung der Annäherung“ zwischen der EU und Russland oder sogar einer „Verschlechterung der Beziehungen“ und behaupteten, dass von dem Visum-Problem die gesamte „Zukunft der Beziehungen“ zur EU abhängen. Es handle sich, so die klare Mehrheitsmeinung in Moskau, keineswegs „nur“ um eine „technische“ Frage der Ausstellung von Reisedokumenten. Der Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus des Parlaments), Sergej Mironow, sprach Mitte Oktober 2002 von einer Angelegenheit der „nationalen Ehre“. Rogosin ordnete in seiner Eigenschaft als (damaliger) Kaliningrad-Beauftragter Putins ein „geopolitisches Problem“.

Der Kreml deutete sogar an, dass Putin nicht zum damals bevorstehenden Gipfeltreffen EU – Russland am 11. November 2002 anreisen könnte.

Die EU ließ sich dann auf eine Lösung ein, die die Schengen-Bestimmungen erheblich relativiert. Es gibt daher keinen Zweifel, dass Moskau die bewährte Taktik von Druck und Drohungen auch in Zukunft anwenden wird, um die EU in seinem Sinne zu beeinflussen. Schließlich weiß man auch in Moskau, dass Brüssel zu großzügigen Zugeständnissen bereit ist, um eine Verstimmung Russlands zu verhindern.

Die Krise in Tschetschenien

Die EU sollte eine politische Lösung des mit Unterbrechungen seit 1991 andauernden Tschetschenien-Konflikts anregen, was Verhandlungen Moskaus mit den tschetschenischen Rebellen beinhalten müsste. Das russische Vorgehen, das Zehntausende Tote unter der tschetschenischen Zivilbevölkerung gefordert hat und weiter fordert, hat mit dem „Krieg gegen den Terror“ nichts zu tun, auch wenn Moskau diese beiden Dinge mit erheblichem Erfolg in der Weltöffentlichkeit (und auch in den USA) ständig zu verbinden trachtet. Zudem ist der Tschetschenienkrieg mit den russischen Verpflichtungen gegenüber der OSZE und dem Europarat gänzlich unvereinbar (die russische Menschenrechtsaktivistin Ludmilla Alexejewa verglich das Verhalten der russischen Truppen in Tschetschenien mit dem Vorgehen der Wehrmacht Hitlers in der UdSSR 1941–45) und verletzt zudem die „Flankenregelungen“ des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Die EU hat es verabsäumt, Moskau öffentlich daran zu erinnern und auf eine Beendigung dieses Zustandes zu drängen.

Im Oktober 2002 hielten Kritiker des russischen Krieges in Tschetschenien in Kopenhagen eine Konferenz ab, die die dänische Regierung trotz massivster Interventionen Russlands nicht verboten hatte. Moskau reagierte mit einer emotionalen Kampagne gegen Dänemark in den Medien und (nicht offiziell erklärten) Wirtschaftssanktionen: Dänische Lastzüge wurden plötzlich an der Grenze zu Russland so lange aufgehalten, bis die von ihnen geladenen rasch verderblichen Güter unbrauchbar waren; dazu

kamen Boykottaufrufe gegen dänische Waren. Die EU unternahm nichts, um sein Mitglied Dänemark vor dieser russischen „Strafe“ zu schützen und Moskau darauf hinzuweisen, dass sein deklariertes Wunsch nach immer engeren Kontakten zur EU mit einem solchen Verhalten unvereinbar ist.

Die EU, Russland und Konflikte in der GUS

Die EU steht den Verhandlungen um Regelungen der Konflikte um prorussische Separatisten in der GUS (Dnjestr-Gebiet in Moldowa, Abchasien und Südossetien in Georgien, Berg-Karabach in Aserbaidschan) sehr passiv gegenüber und tut nichts, um die territoriale Integrität Moldowas, Georgiens und Aserbaidschans – die alle an einer engeren Westbindung interessiert sind – zu erhalten beziehungsweise wiederherzustellen.

Die EU sollte den letzten russischen Verbündeten im Südkaukasus, nämlich Armenien, aus allen Initiativen zur Kooperation und insbesondere finanziellen Hilfen ausschließen, solange dieses Land (wie seit 1994 der Fall) 14 Prozent des Territoriums Aserbaidschans besetzt hält. Es kann nicht angehen, dass ein Land Territorium eines anderen Landes beansprucht, im Verlauf eines Krieges okkupiert und de facto annektiert, ohne dafür von der „Weltgemeinschaft“ (und auch der EU) zur Verantwortung gezogen zu werden. Armenien sollte in allen Kontakten zur EU zu einer Räumung aserbaidchanischer Gebiete (einschließlich Berg-Karabach) verhalten werden.

Eine Friedensmission der EU in Moldowa?

Eine in Aussicht genommene EU-Friedensmission in Moldowa könnte eine erste Nagelprobe für das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen der EU und Russland sein.

Dem Außenpolitischen Bericht 2001 des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zufolge beabsichtigte die EU, in Moskau „auch auf die Erfüllung der ... beim OSZE-Gipfel in

Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen (vollständiger Truppen- und Waffenabzug bis Ende 2002) hinzuwirken“. Dieses „Hinwirken“ hat allerdings nicht die erwünschten Ergebnisse gezeitigt: Das russische Kontingent, die „Operative Gruppe“ (ehemals 14. Armee der UdSSR), wurde auch bis Ende 2003 (so eine Verlängerung der Frist durch den OSZE-Gipfel in Porto Ende 2002) nicht abgezogen und steht (wenngleich verkleinert) nach wie vor am Dnjestr. Natürlich weiß man auch in Moskau, dass der EU dieses Problem (wie Moldowa überhaupt) viel zu unbedeutend ist, um deswegen eine „Verschlechterung der Beziehungen“ zu Russland zu riskieren.

Ende Mai 2003 legte das Institute for Security Studies der EU in Paris seine Empfehlungen für eine Friedenslösung am Dnejr vor, die unter anderem einen Abzug der russischen „Friedenstruppen“ und der „Operativen Gruppe“ sowie eine Föderalisierung Moldowas beinhalteten. Der stellvertretende russische Außenminister Wjatscheslaw Trubnikow meinte dazu, diesen Plan überhaupt nicht diskutieren zu wollen, da er weder von Chisinau noch von der (separatistischen) „Dnjestr-Republik“ („PMR“) ausgegangen sei. Zudem machte er unmissverständlich klar, dass Moskau in einer künftigen „militärisch-politischen Operation“ im Dnjestr-Gebiet eine führende Rolle spielen will. Russland ist auch – so Alexander Grushko, Leiter der Abteilung für Kooperation mit Europa im Außenministerium, am 12. September 2003 – gegen eine Teilnahme der EU an der politischen Konfliktregelung in Moldowa. Die Gründe sind eindeutig: Das würde die Pläne Moskaus stören, Moldowa eine „Konfliktlösung“ nach seinen Vorstellungen (wie sie sich im Herbst 2003 etwa im so genannten „Kozak-Plan“ zeigte, der unter anderem eine Auflösung der moldauischen Armee vorsah) aufzudrängen und das Land weiter in seiner „ausschließlichen Interessenzone“ zu halten.

Moskau dürfte schließlich einer EU-Mission in Moldowa (wegen seiner Ansprüche auf die GUS als „ausschließliches Interessengebiet“) entweder überhaupt nicht oder nur unter Bedingungen

zustimmen, die sie entwerten oder sogar (im Sinne einer vertretbaren Lösung des Dnjestr-Konflikts) kontraproduktiv machen würden. Diese könnten etwa sein: russisches Oberkommando auch über die EU-Truppen, EU-Finanzierung auch für das russische Kontingent oder russisches Vetorecht über alle Aktivitäten des (vermutlich nur einige hundert Soldaten umfassenden) EU-Kontingents.

Energiepolitik

Die Energiepolitik ist (im weiteren Sinne) zweifellos von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung; die EU und Russland führen bereits seit einiger Zeit einen so genannten „Energy Dialogue“.

Nach dem von der EU-Kommission Ende 2000 gebilligten „Grünbuch“ stammen 41 Prozent der EU-Erdgaseinfuhren und etwa ein Sechstel der Rohölimporte aus Russland. Dort lagern etwa ein Drittel der weltweiten Gasvorräte, und daher ist dem „Grünbuch“ zufolge „eine zunehmende Abhängigkeit von diesem Land unvermeidlich“. Damit aber steht die Gasversorgung der EU in Krisensituationen in Frage, da Russland Lieferungen von einem politischen „Wohlverhalten“ Brüssels abhängig machen könnte. Die Verfasser des „Grünbuches“ sind sich dieser Problematik bewusst, da sie feststellen, dass es „wünschenswert“ sei, „Anstrengungen einer geographischen Diversifizierung unserer Versorgung insbesondere mit Flüssiggas zu unternehmen“. Russland hat genau daran kein Interesse und möchte stattdessen seinen Anteil am EU-Gasmarkt weiter ausbauen.

Umweltpolitik

Mitunter legen russische Vertreter ihr Verständnis von „europäischer Integration“ im Bereich der Umweltpolitik offen dar: Für diese sei ausschließlich die EU zuständig, Moskau kümmere sich dagegen um seinen wirtschaftlichen Vorteil. Das zeigt sich etwa am Beispiel der Initiativen zur Verhinderung von Unfällen mit veralteten Öltankern: Am 4. Dezember 2003 wurde in London im Rahmen der (zum UNO-System zählenden)

International Maritime Organization eine Schutzkonvention unterzeichnet, die auf die Ausmusterung von so genannten Einhüllentankern abzielt. Ab April 2005 sollen nur noch Tanker mit Doppelhüllenrumpf eingesetzt werden dürfen. Allerdings haben mehrere Vertragsstaaten, vor allem aber Russland, so viele Ausnahmeregelungen für sich durchgesetzt, dass das Dokument in der Praxis fast wertlos ist. Besonders beunruhigt sind naturgemäß die Anrainerstaaten der Ostsee und konkret Dänemark, dessen Meerengen von den vielfach in zweifelhaftem Zustand befindlichen russischen Tankern aus den Ölhäfen des Baltikums ständig frequentiert werden. Die Regierung in Kopenhagen hegt die Hoffnung, Moskau dazu bewegen zu können, von den vielen Schlupflöchern der Schutzkonvention keinen Gebrauch zu machen. Das ist allerdings unwahrscheinlich. Niels Sindal, Seefahrtsexperte der (oppositionellen) dänischen Sozialdemokraten, zeigte sich denn auch wenig optimistisch: „Wann immer wir uns auf einen Kompromiss mit den Russen einließen, wurden wir betrogen“.

Ein weiteres wichtiges Problem ist das Kyoto-Abkommen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes, dessen Unterzeichnung Russland 2003 unter Hinweis auf „wirtschaftliche Notwendigkeiten“ vorläufig abgelehnt hat. Die Proteste der Weltöffentlichkeit (und auch der EU), die auf das gleiche Verhalten der USA zuvor mit lauter Empörung reagiert hatte, hielten sich in Grenzen oder fehlten überhaupt.

Fazit

Brigadier Simon Palmisano, der 1979 bis 1984 österreichischer Verteidigungsattaché in der UdSSR und 2001 bis 2003 in Russland war, meinte Ende 2003: „Kooperation mit der westlichen Welt – das bedeutet für Russland den Versuch, Abhängigkeiten und Einflussmöglichkeiten zu schaffen – und wenn möglich auch finanziellen Gewinn daraus zu erzielen.“ Moskau geht es ausschließlich um das, was es als seine nationalen Interessen definiert, und nicht um „Ideale“ wie Herstellung einer allgemeinen „Stabilität“, Sicherung von

Menschenrechten und Entwicklung oder Schaffung von Rahmenbedingungen für mehr Wohlstand. Wenn man sich dessen aber bewusst ist, lassen sich bei einer entsprechend ausgerichteten Kooperation mit Russland durchaus Resultate erzielen.